



Pressemitteilung

Kommunaler Landesverband kreisangehöriger Städte und Gemeinden

28.08.2018

Pressesprecherin:
Kristina Fabijancic-Müller
Telefon +49 711 22572-34
Mobil +49 160 97272863
kristina.fabijancic-mueller@gemeindetag-bw.de

Kurs beim Kita-Ausbau in Baden-Württemberg muss gehalten werden

Gemeindetag plädiert für kurzfristige Maßnahmen gegen Personalmangel in Kitas und spricht sich gegen Beitragsfreiheit für die Kinderbetreuung aus

Eltern sowie Erzieherinnen und Erzieher, vor allem aber auch die Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg dürfen sich freuen: Unser Land ist beim bundesweiten Vergleich genau jenes Bildungsbereichs an der Spitze, in dem die Kommunen Verantwortung tragen. Aus dem heute veröffentlichten Ländervergleich zum Betreuungspersonal der Bertelsmann Stiftung geht hervor, dass Kindergärten und Krippen in Baden-Württemberg bundesweit den besten Personalschlüssel haben. Als Träger der Kinderbetreuung garantieren die Kommunen im Südwesten damit eine hohe Qualität. Die Grundlage dafür war gerade bei den Kleinkindern der Pakt für Familien mit Kindern, den die Kommunen bereits 2012 mit dem Land geschlossen haben. Gemeindetagspräsident Roger Kehle ist deshalb zuversichtlich, was die aktuellen Verhandlungen der Kommunalen Landesverbände mit der Kultusministerin angeht: „Unser vereinbarter Pakt für gute Bildung und Betreuung wird weitere wichtige Qualitätsimpulse geben. Wir wollen dabei gezielt Finanzmittel des Bundes für die Leitungszeit zur Verfügung stellen, um auch diesen Bereich zu stärken. Die Bertelsmann Stiftung bestätigt uns, dass wir mit dieser Maßnahme genau richtigliegen. Wichtig ist aber, dass Bund und Länder sich schnell einigen, damit die dafür zugesagten Mittel auch fließen können.“

Der Ländervergleich der Bertelsmann Stiftung benennt auch das größte Problem im Bereich des Kitaausbaus, sowohl bundesweit, als auch in Baden-Württemberg – das fehlende pädagogische Personal. „Wir haben mit der Ausbildungsoffensive im Pakt für gute Bildung und Betreuung die richtige Strategie gefunden, um dieser Entwicklung entgegen zu wirken. Wir werden vor allem die erfolgreiche praxisintegrierte Ausbildung (PIA) stärken. Gleichzeitig müssen wir aber ehrlich sein: Es wird einige Jahre dauern, bis diese Maßnahme ihre Wirkung entfaltet. Den Kommunen bleiben bis dahin nur zwei Möglichkeiten: Entweder sie

sagen bei einer stetig wachsenden Zahl an Kindern mit Betreuungsbedarf einer gewissen Zahl an Eltern, dass sie ihren Kindern mangels Erziehungspersonal keinen Platz anbieten können. Oder aber wir ermöglichen eine zeitlich befristete Flexibilisierung der Höchstgruppenstärke um 2-3 Plätze. Damit kommen wir den Eltern entgegen, die dringend einen Kitaplatz benötigen“, so der Vorschlag des Gemeindetagspräsidenten. Auch die Betreuungsqualität würde bei 2-3 Kindern mehr pro Gruppe nicht entscheidend zurückgehen. „Mit einer solchen Flexibilisierungsmaßnahme würde Baden-Württemberg noch immer an der Spitze der Betreuungsqualität stehen, zumal die Kommunen dieses Instrument nur dann nutzen, wenn es keine anderen Möglichkeiten gibt. Daher sagen wir klar: Besser eine zeitliche befristete Flexibilisierung als viele Kinder ohne Betreuungsplatz“, erklärt Roger Kehle.

Weitere Investitionen in Qualität statt Beitragsfreiheit

Eine Gefahr für die Qualität der Kinderbetreuung sieht der Gemeindetag eher in der Beitragsfreiheit, für die sich auch in Baden-Württemberg einige Stimmen stark machen. „Der Ansatz, selbst gutverdienende Eltern von den Kindergartengebühren zu befreien, ist falsch. Für Eltern ist es wichtiger, dass ihre Kinder eine Einrichtung besuchen, in der sie qualitativ hochwertige Angebote in Anspruch nehmen können. Es ist deshalb viel besser, die Elternbeiträge in den Ausbau der Kinderbetreuung, in Sprachförderung oder in die Leitungszeit und die Ausbildungsoffensive zu investieren. Für sozial schwache Familien wird es weiterhin Gebührenermäßigungen geben, wie bisher“, bekräftigt Kehle. Wer eine Beitragsfreiheit fordere, müsse auch klar sagen, wie die fehlenden Einnahmen aus den Gebühren kompensiert werden sollen. Die 5,5 Mrd. Euro, die der Bund den Ländern und Kommunen bis 2022 zur Verfügung stellen will, würden dafür bei weitem nicht ausreichen.